

Misstrauensantrag
gem. § 55 GOG-NR



der Abgeordneten Bucher, Scheibner, Ing. Westenthaler
Kolleginnen und Kollegen

eingebracht in der Sitzung des Nationalrates am 4. Februar 2011 im Zuge der Debatte zum Dringlichen Antrag der Abgeordneten Pilz, Glawischnig-Piesczek, Freundinnen und Freunde betreffend Volksbefragung über die Wehrpflicht

Die Vorkommnisse der vergangenen Tage haben zum wiederholten Male gezeigt, dass ein Weiterarbeiten dieser Bundesregierung unmöglich zu sein scheint. Der Koalitionsfriede, der am Dienstag von Bundeskanzler Faymann und Vizekanzler Pröll ausgerufen wurde, hat gerade einmal sechs Stunden gehalten. Es geht in der Regierung drunter und drüber, Rot und Schwarz sind handlungsunfähig. Im Ministerrat gibt es keine Gesetzesvorlagen oder sonstige Initiativen. SPÖ und ÖVP haben offensichtlich kein Interesse das Land zu regieren und Reformen umzusetzen, sondern verwalten Österreich nur mehr. Die unterzeichneten Abgeordneten sind aber der Ansicht, dass Österreich eine dynamische Regierung braucht, die das Land nach vorne bringt, die notwendigen Reformen mutig in Angriff nimmt und auch umsetzt.

Da im Lichte dieser Geschehnisse eine Umsetzung der im Arbeitsübereinkommens dieser Bundesregierung für die XXIV. Gesetzgebungsperiode vorgesehenen Maßnahmen nicht zu erwarten ist, wäre der Bundesregierung als gesamtes als Ausdruck der Unzufriedenheit der Österreicherinnen und Österreicher mit der Untätigkeit dieser Bundesregierung „Faymann-Pröll“ namens der im Parlament vertretenen politischen Parteien das Misstrauen auszusprechen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesregierung wird gemäß Art. 74 (1) B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrates das Vertrauen versagt.“

Wien, den 4. Februar 2011